

Rechtsgutachten

Werklohnanspruch des Lars Tannenmoor gegen Veit Sauer-Hellbrunn

Kanzlei Roosendaal, Bonn — Kanzleiaktenzeichen: MR-2026-0228

Erstattet von: RA Dr. Mark Roosendaal | Datum: 10. Februar 2026

I. Sachverhalt

Lars Tannenmoor (T), KFZ-Meister in Meckenheim, und Veit Sauer-Hellbrunn (S), Unternehmer in Bonn-Beuel, schlossen am 3. November 2025 einen schriftlichen Werkvertrag ueber den Einbau eines Radarwarners ProAlert X7 Pro in den Porsche 911 Carrera des S zum Preis von 2.380 EUR brutto (Faelligkeit: 25. November 2025). Das Fahrzeug wurde am 18. November 2025 ordnungsgemaess uebergeben; S quittierte die einwandfreie Funktion. Am 27. November 2025 wurde S auf der A 565 angehalten; das Geraet wurde sichergestellt; S erhielt ein Bussgeld nach § 23 Abs. 1c StVO. Seitdem verweigert S die Zahlung des Werklohns mit dem Argument, der Werkvertrag sei nach § 134 BGB i.V.m. § 23 Abs. 1c StVO nichtig.

II. Rechtliche Wuerdigung

A. Werklohnanspruch (§ 631 Abs. 1 BGB)

T koennte gegen S einen Werklohnanspruch nach § 631 Abs. 1 BGB haben. Voraussetzungen: (1) Wirksamer Werkvertrag, (2) Herstellung des Werkes, (3) Faelligkeit.

Zu (1): Ein Werkvertrag im Sinne des § 631 Abs. 1 BGB ist gegeben: T schuldete einen Werkerfolg (Einbau des Radarwarners), S die Vergutung. Die Schriftform ist gewahrt (Anlage K 1). Zu (2): Das Werk wurde hergestellt und am 18. November 2025 uebergeben (Anlage K 2). Zu (3): Die Faelligkeit trat mit der Abnahme ein (§ 641 Abs. 1 BGB).

B. Nichtigkeit nach § 134 BGB?

Fraglich ist, ob § 134 BGB i.V.m. § 23 Abs. 1c StVO zur Nichtigkeit des Werkvertrags fuehrt. Gemaess § 134 BGB ist ein Rechtsgeschaef, das gegen ein gesetzliches Verbot verstoesst, nichtig, "wenn sich nicht aus dem Gesetz ein anderes ergibt."

1. Grammatikalische Auslegung

§ 23 Abs. 1c StVO richtet sich ausweislich seines Wortlauts an den "Fahrzeugfuehrer". T ist nicht Fahrzeugfuehrer, sondern Einbauer. Grammatikalisch liegt ein einseitiges Verbotsgesetz vor, das nur den Fahrzeugfuehrer adressiert.

2. Systematische Auslegung

§ 23 Abs. 1c StVO steht im OWi-Recht (Strassenverkehrsordnung). Die StVO enthaelt keine zivilrechtliche Nichtigkeitsanordnung fuer Einbauvertraege. Systematisch ist OWi-Recht vom Zivilrecht zu trennen; ein OWi-Verstoss erzeugt keine automatischen zivilrechtlichen Folgen (vgl. MueKo-BGB/Saecker, Einleitung Rn. 204).

3. Historische Auslegung

§ 134 BGB geht auf das BGB 1900 zurueck; die Schuldrechtsmodernisierung 2002 hat die Norm inhaltlich nicht veraendert (BT-Drs. 14/6040, S. 261). § 23 Abs. 1c StVO wurde 2014 eingefuehrt; die Materialien enthalten keinen Willen zur zivilrechtlichen Nichtigkeit von Einbauvertraegen.

4. Teleologische Auslegung

Der Schutzzweck des § 23 Abs. 1c StVO ist die Sicherung der Wirksamkeit von Geschwindigkeitsueberwachungen. Dieser Zweck wird durch den Einbauvertrag als solchen nicht gefaehrdet; die Gefahr entsteht erst durch den Betrieb des Geraets durch den Fahrzeugfuehrer. Teleologische Reduktion des § 134 BGB: Keine Nichtigkeit des Werkvertrags (vgl. Larenz/Canaris, Methodenlehre, 3. Aufl. 1995, S. 391).

5. Verfassungskonforme Auslegung

Art. 12 Abs. 1 GG (Berufsfreiheit) des T gebietet eine restriktive Auslegung des § 134 BGB. Die Verneinung des Werklohnanspruchs waere ein unverhaeltnismaessiger Eingriff in die Berufsausuebungsfreiheit (vgl. BVerfGE 89, 214 — Buerge; BVerfGE 103, 89 — Handelsvertreter). Das OWi-Recht (Bussgeld fuer S) ist ein milderes, gleich geeignetes Mittel.

6. Abgrenzung BGH VII ZR 235/15

Der BGH hat in VII ZR 235/15 (NJW 2017, 1600) die Nichtigkeit eines Schwarzarbeitsvertrags bejaht. Grundlage war das beiderseitige Verbotsgesetz des § 1 Abs. 2 Nr. 2 SchwArbG. § 23 Abs. 1c StVO ist ein einseitiges Verbotsgesetz; die Entscheidung ist nicht uebertragbar (a contrario). BGH VII ZR 46/17 bestaetigt: Bei einseitigem Verbot ist der Vertrag wirksam.

C. Mangelfreiheit (§ 633 BGB)

Das Werk ist mangelfrei. Die vereinbarte Beschaffenheit (Einbau eines funktionsfaehigen Radarwarners) wurde erfuehlt (§ 633 Abs. 2 S. 1 BGB). Kein Sachmangel. Kein Rechtsmangel (die Sicherstellung ist keine Geltendmachung eines Rechts Dritter an der Sache).

D. Schadensersatzanspruch Sauer-Hellbruns (§ 823 BGB)

§ 823 Abs. 1 BGB: T hat kein Rechtsgut des S verletzt. § 823 Abs. 2 i.V.m. § 23 Abs. 1c StVO: Kein Schutzgesetz zugunsten des S gegenueber T; die Norm schuetzt die Allgemeinheit, nicht den Fahrzeugfuehrer vor dem Einbauer. § 826 BGB: Kein Schaedigungsvorsatz des T. Ergebnis: Kein Schadensersatzanspruch S.

III. Ergebnis

T hat gegen S einen Werklohnanspruch in Hoehe von 2.380 EUR brutto (§ 631 Abs. 1 BGB). Zinsen gemaess § 288 Abs. 1 BGB (5 Prozentpunkte ueber Basiszins) ab Mahnung. § 134 BGB i.V.m. § 23 Abs. 1c StVO fuehrt nicht zur Nichtigkeit. Alle vier Auslegungskanones und die verfassungskonforme Auslegung bestaetigen dieses Ergebnis. Schadensersatzansprueche Sauer-Hellbruns scheiden mangels Verletzungshandlung des T aus.

Quellen

BGB §§ 134, 631, 633, 812, 817, 823: <https://dejure.org/gesetze/BGB/>

§ 23 StVO: <https://dejure.org/gesetze/StVO/23.html>

BGH VII ZR 235/15: <https://www.bundesgerichtshof.de/>

BVerfGE 89, 214; 103, 89: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/>

Larenz/Canaris, Methodenlehre, 3. Aufl. 1995

dejure.org: <https://dejure.org/> | openjur.de: <https://openjur.de/>